

Redebeitrag 14.11. der Interventionistischen Linken

Was heißt hier Willkommen?

Es gibt einige gute Beispiele, in denen Bremer Ortsbeiräte wie die Anwohner_innen Strukturen geschaffen haben, um Geflüchtete zu unterstützen. Gleichzeitig kommt es aber in den letzten Jahren immer wieder zu erhitzten Diskussionen über die Unterbringung von Geflüchteten. Nun also auch hier in Blumenthal.

Das Problem betrifft also keineswegs nur die Debatte um die Unterkunft an der Rekumerstraße. Daher wollen wir den Blick noch einmal auf die Situation in ganz Bremen werfen.

Bremen hat sich eigentlich zum Ziel gesetzt, Geflüchtete dezentral in eigenen Wohnungen unterzubringen. Das löst die Politik bewusst oder unbewusst nicht ein. Bei der Bekanntgabe einer neuen Sammelunterkunft herrscht deshalb immer wieder helle Aufregung.

Für die Stadt sind Geflüchtete ein technischer Sachzwang. In „Not“ sollen vor allem die Verwaltungen sein, die mit der Unterbringung überfordert sind. Die Lage in der Welt und damit das Wissen, dass mehr Geflüchtete kommen, ist aber so überraschend nicht. Auch die absolute Überforderung in der Ausländerbehörde ist kein neues Thema. Jetzt so zu tun, als ob man nichts dafür könne, ist heuchlerisch.

Für einige Anwohner_innen scheinen diese Unterkünfte eine Bedrohung zu sein. Sie sehen sich als die wirklichen „Opfer“, die Angst haben und sich übergangen fühlen. So auch hier in Blumenthal.

Für einige Medien sind Geflüchtete ein „Problem“. Bei einer Radiosendung von Radio Bremen war beispielsweise die leitende Frage „Hat Bremen ein Problem mit Flüchtlingen?“

Not, Opfer, Problem – diese Worte bedeuten für geflüchtete Menschen jedoch was völlig anderes. Sie flohen aus der Not heraus, weil sie in ihrem Zuhause keine Perspektive gesehen haben bzw. konkret bedroht waren. Die Gründe für die Flucht sind vielfältig. Anstatt hier ein neues Zuhause finden zu können, werden sie dann mit rassistischen Sondergesetzen konfrontiert. Ganz konkrete, existenzielle Probleme sind der traurige Alltag:

Hier nur ein paar Beispiele:

- Es gab verschimmeltes Essen in der Zentralen Aufnahmestelle.
- Menschen werden in Containern untergebracht oder müssen auf Fluren schlafen.
- die Wartezeiten in der Ausländerbehörde sind unvorstellbar lang
- Übersetzungsangebote auf Behörden - ein Wunschtraum
- Den Menschen schlägt offener Hass und Ablehnung entgegen.
- Die Jugendlichen aus der Rekumerstraße sollen den Sportplatz nicht benutzen dürfen, weil das die anderen Nutzer_innen stören würde.

Geflüchtete haben hier also eine ganze Menge Probleme!

Viel wird in dem Zusammenhang auch über Willkommenskultur geredet. Das wollen wir hier jetzt auch tun – und dabei aber die tatsächlich relevanten Fragen stellen:

Was kann getan werden um Menschen hier ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen?
Welcome means Welcome – ein tatsächliches, antirassistisches Willkommen muss die Perspektive umdrehen: Es geht nicht darum, wieviele Geflüchtete Bremen aufnehmen muss – Müssen ist kein Willkommen!

Egal wo in Bremen, wir wollen nicht hinnehmen, dass zu den ganzen Problemen, die Geflüchtete hier eh schon haben, ihnen auch noch Hass und Bedrohungen entgegenschlagen.

Dass immer wieder Neonazis, Rechtspopulist_innen mit einigen Anwohner_innen gemeinsame Sache machen.

Ein tatsächliches Willkommen muss ein antirassistisches Willkommen sein. Das bedeutet auf der einen Seite, bessere Lebensbedingungen für die Geflüchteten zu fordern und auf der anderen Seite rassistischen Einstellungen entgegenzutreten.

Die angebliche Bedrohung, die von einigen aufgebaut wird, ist eine Illusion, die Ängste schürt und Menschen aufhetzt. Das wurde auch hier in Blumenthal deutlich, wenn von den Jugendlichen geredet wird, als ob es sich um Schwerstkriminelle handeln würde.

Hier sollten vielleicht alle mal durchatmen und einen Moment nachdenken. Es geht um Jugendliche, um Menschen, die genau wie alle anderen Jugendlichen auch, etwas mehr Anerkennung und Verständnis bräuchten.

Sich für seinen Stadtteil einzusetzen kann doch nicht heißen, sich nur für die Menschen einzusetzen, die „schon immer da waren“, sich abzuschotten.

Nein, es muss heißen, sich gemeinsam, mit denen, die neu dazukommen für ein Zusammenleben einzusetzen.

Und damit denen entgegenzutreten, die rassistisch gegen Geflüchtete hetzen, die Ängste ganz bewusst schüren und instrumentalisieren und dabei ganz klar sagen, dass bestimmte Menschen gar nicht hierher gehören.

Genau dies machen gerade AfD, die Facebookgruppe „Rekumerstraße 12 - Nicht mit uns“, NPD, Bürger in Wut oder Neonazis – um ein tatsächliches Zusammenleben geht es denen ganz bestimmt nicht!

Rassismus ist kein Sachzwang – weder hier in Bremen Nord noch sonstwo in Bremen. Alle können sich daran beteiligen, dem etwas entgegenzusetzen – in der Nachbarschaft, auf den Beiratssitzungen oder bei Facebook.

Rassismus ist Rassismus und Willkommen heißt Willkommen.

Wäre schön, wenn es bald heißen könnte:

Willkommen in Bremen und überall!